Nr. 302
A 154
Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 29. Juni 1930
V

# Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweiffmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsl.): i. V. Dr. Sven v. Müller, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Das Saisonstück

Von
Georg Bernhard

Es war wie ein billiges Saisonstück, das durch Reinhardts Regie einen glänzenden Rahmen erhält und deshalb dem Publikum gefällt. In jenem Saal, der sonst den Dauerarbeiten des Haushaltsausschusses im Reichstag reserviert bleibt, hatte sich der Reichsrat versammelt. Zu einer Vollversammlung, deren Oeffentlichkeit vorher angekündigt war. Der Reichstag hatte sich für kurze Zeit vertagt, und auf den Zuhörerbänken hinter den Tischchen, um die die Ministerpräsidenten der Länder und der ganze Stab der Länderbürokratie versammelt war, saßen neben den Presseleuten die Reichstagsabgeordneten aller Fraktionen, um dem Reichskanzler und dem neuen Reichsfinanzminister Dietrich zu lauschen, die das neue Finanzprogramm kundgaben. An sich nur ein bißchen verbesserter Moldenhauer. Aber vor einem Forum vorgetragen, das Resonanz gab. Außerdem die Stärke der Absichten nur angedeutet durch ein gewisses Etwas in der Stimme, so daß die Drohung mit dem Artikel 48 überflüssig blieb. Das alles ist nicht ohne Eindruck auf die Fraktionen gewesen. Sie werden sich sperren. Sie werden auch Anträge stellen. Es wird noch dies oder jenes verbessert oder verdorbert werden. Aber Dietrich und Brüning werden noch vor den Ferien ihre Bewilligungen nach Hause tragen, und bis zum Herbst wird Ruhe sein.

*

Die Fraktionen können gar nicht anders handeln. Denn nach all der Unrast der letzten Wochen muß endlich in der Bevölkerung wieder der Glaube entstehen, daß die Finanzen in Ordnung sind. Es ist ganz unmöglich, daß, wenn der Finanzminister die Deckung eines Defizits verlangt, nach den Enttäuschungen der letzten Wochen die Reichstagsmehrheit sich versagt. Zumal der Reichskanzler es den Parteien leicht machen wird, denn er verlangt ja keine feste Koalition durch dick und dünn. Er wird von Fall zu Fall seine Mehrheit nehmen, wo er sie bekommt. Mit der einen Seite wird er die Versicherungsreformen, mit der anderen den größten Teil der Steuergesetze unter Dach bringen. Aber das kann nicht hindern, das Stückwerk, das das jetzige Programm darstellt, auch offen als solches zu zeichnen. Schon die Einzelheiten der Zusammenstellung von Steuern und Ersparnissen fordern die Kritik heraus. Der Reichstag war sich zuletzt schon ziemlich einig darüber gewesen, daß mindestens 5 v. H. vom Ausgabebudget abgestrichen werden müßten. Dabei wollte man mit Recht, abgesehen von dem Kriegslastenetat, an dem ja nichts gespart werden kann, herauslassen: den gesamten Sozialetat und insbesondere die Verletzten-Entschädigungen. Dann kam man aber immer noch auf eine Summe von rund drei Milliarden, an denen 150 Millionen erspart werden konnten. Die Regierung hat diese Summe der sparfähigen Etats auf zwei Milliarden herabgesetzt. Niemand weiß, weshalb die restliche Milliarde verschwunden ist. Der Reichstag sollte darauf bestehen, daß außer jenen 35 Millionen, um die das Defizit des vorigen Jahres geringer gewesen ist, als es geschätzt wurde, noch 50 Millionen eingebracht werden. Es ist möglich, und es muß geschehen.

*

Die Regierung hat eine Klippe vermieden: man wird ihr, wenn sie im Herbst zu neuer Finanzreform aufruft, nicht sagen können, sie habe sich kurzsichtig gezeigt und stehe nun vor unerwarteten Schwierigkeiten. Der Reichskanzler und der Finanzminister haben ziemlich deutlich gesagt, daß sie die Deckung des jetzt schon berechenbaren Defizits in erster Linie deshalb vornehmen, um die im Herbst reif werdende große Finanzreform nicht noch mehr zu erschweren. Sie sehen also das, was später notwendig werden wird. Aber sie hätten vielleicht noch etwas deutlicher sagen sollen, wie groß die Gesamtwahrscheinlichkeit des Budgetausfalles sein wird. Man sollte im Augenblick eher etwas zu hoch, als zu niedrig greifen, denn das Risiko, zu niedrig geschätzt zu haben, scheint im Augenblick erheblich größer als die Chance, nach der optimistischen Seite das Volk überraschen zu können. Mit einer gewissen ironischen Wehmut erinnert man sich noch des kaum verklungenen Streites, ob der Reichsarbeitsminister die Durchschnittsziffern der Arbeitslosen mit 1,1 Millionen zu hoch oder zu niedrig schätzt. Wir haben jetzt in der günstigsten Jahreszeit eine Arbeitslosenziffer von ungefähr 1,6 Millionen. Man braucht kein allzu großer Skeptiker zu sein, um anzunehmen, daß Herbst und Winter kaum besser sich gestalten werden. Und wenn man heute mit einer Durchschnittsziffer von 1,8 Millionen für das Etatsjahr rechnet, so ist man kein Phantast. Diese Ziffer braucht — so groß natürlich die Fülle des sozialen Elends ist, das sie birgt — durchaus kein Entsetzen zu erregen, wenn man daran denkt, daß augenblicklich die Weltbaisse regiert und wieviel Arbeitslose England bei 40 Millionen Bevölkerung zu beklagen hat. Aber man soll auch nicht vertuschen, welche Ausgabenlast eine Arbeitslosenziffer, die leicht bis auf 2,2 Millionen steigen kann, für den Etat bedeutet. Gerade wenn man annimmt, daß ein Teil davon den Gemeinden zur Last fällt, erkennt man, wie falsch es ist, das Gesamtbudget und sein Defizit, ohne die Gemeindebudgets einzubeziehen, zu errechnen. Wenn wir alles in allem nehmen, so bleibt die Sorge für einen Globalbetrag von rund 1½ Milliarden. Das können 100 bis 200 Millionen weniger, können aber auch 100 Millionen mehr werden. Weshalb also fängt man nicht jetzt an, die notwendige Gesamtreform ins Auge zu fassen?

*

Weshalb vor allem denkt man denn nicht heute schon an die Gemeinden? Man begreift nicht, daß man erst später das Gesetz herausbringen will, das den Gemeinden, denen eine stärkere Beaufsichtigung ihrer Budgetwirtschaft in Aussicht gestellt wird, gestatten soll, durch eine Verzehrsteuer oder eine Kopfsteuer ihre Fehlbeträge zu decken. In dieser Vertagung auf den Herbst liegt aber auch sonst eine Schwäche des Regierungsprogramms. Es ist gewiß erfreulich, daß die Regierung beabsichtigt, ihr Zukunftsprogramm sorgsam zu durchdenken. Aber bisher bedeutete jede Vertagung von Reformen auch die Vertagung des Darandenkens. Es wäre richtiger gewesen, die großen Linien der zukünftigen Reform sofort festzulegen. Es wäre vielleicht noch richtiger gewesen, die Einbringung der Gesetze gleich anzukündigen und die Sommerferien dazu zu benutzen, gemeinsam mit einer Kom-

# Bessere Aussichten für Brüning

## Im Reichstag und Reichsrat

**Im Reichsrat werden die Deckungsvorlagen der Reichsregierung diesmal ohne Zweifel die notwendige Mehrheit finden. Auch im Reichstag zeigt sich bei allen Regierungsparteien die Bereitschaft zur sachlichen Prüfung der Vorschläge der Regierung. Die Auffassung macht sich stärker als bisher geltend, daß auch die öffentliche Meinung in den letzten Tagen sich der Notwendigkeit zu dengen beginnt, unter allen Umständen Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen.**

**In der demokratischen Reichstagsfraktion kam die Bereitschaft zum Ausdruck, dem Appell des Reichskanzlers zu folgen, die Sanierung auf parlamentarischem Wege herbeizuführen. In der starken Ausgabenkürzung und in der zeitlichen Begrenzung der Notmaßnahmen werden wesentliche Fortschritte gegenüber Moldenhauers Vorschlägen erblickt. Auch die Ergänzung des — gemilderten — Beamtennotopfers durch Heranziehung der leistungsfähigen Kreise der übrigen Bevölkerung wurde anerkannt.**

**Ihre Stellungnahme machen die Demokraten davon abhängig, daß eine wirklich soziale Verteilung der Lasten gesichert werde, und daß die Sanierung der Gemeindefinanzen mit der Sanierung der Reichsfinanzen verbunden werde. Vor allem aber fordern die Demokraten die Durchführung des dezentralisierten Einheitsstaates. Die notwendigen Gesetzentwürfe müssen bis zum Herbst im Reichstag vorliegen, weil nur durch die Vereinheitlichung der Verwaltung nachhaltige Ersparnisse erzielt werden können.**

*

Zur Beschleunigung der Reichsreform haben **Demokraten** und **Deutsche Volkspartei** einen gemeinsamen Antrag eingebracht. Danach soll die Reichsregierung, nachdem die Arbeiten der Länderkonferenz nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, mit größter Beschleunigung die zur Herbeiführung des dezentralisierten Einheitsstaates notwendigen Gesetzentwürfe vorlegen.

# Stalin Triumphator

## Die Opposition schweigt

*Moskau, 28. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst*

**Das bedeutsamste Ereignis auf dem Moskauer Parteikongreß war der Bericht Stalins über die politische Tätigkeit der Parteileitung in den letzten zweieinhalb Jahren. Acht Stunden hat Stalin geredet.**

Er ging über einen gewöhnlichen Wirtschaftsbericht weit hinaus, zeichnete ein Bild der internationalen Lage, der inneren russischen Verhältnisse und ging vor allem sehr ausführlich auf innere Fragen der Partei ein. Es war eine Rechtfertigung seines Kurses innerhalb der Partei, und der ungeheure Applaus, den er immer wieder erhielt, bewies, daß trotz aller sachlicher Kritik einflußreicher Parteigenossen an seiner Politik, an seinem alten stürmischen Tempo beim Industrieaufbau, an der überstürzten Sozialisierung der Bauernwirtschaften die überwältigende Mehrheit innerhalb des Parteiapparats seinem Einfluß unterworfen und ihm ergeben ist. Und der Beifall beweist ferner, daß der Stalinsche Radikalkurs auch weiterhin ungemildert und sogar noch eher verschärft Richtlinie der Partei- und Regierungspolitik in der Sowjet-Union bleiben wird.

Es beweist noch eins: nämlich, daß es Stalin bereits vor Zusammentritt des Kongresses gelungen ist, seine Position innerhalb der Parteihierarchie so zu festigen, und seine Gegner so völlig auszuschalten, daß er stolz verkünden konnte, daß auf diesem 16. Parteikongreß zum ersten Male **keine Opposition es gewagt habe, ein formuliertes Gegenprogramm auch nur aufzustellen.**

Diese Siegesgewißheit kam in dem Teil seiner Rede besonders zum Ausdruck, in dem er die Losung ausgab: **sozialistischer Angriff auf der ganzen Front, Ausrottung aller Ueberreste kapitalistischer Elemente in der Wirtschaft, Massenkollektivierung und völlige Liquidation des bäuerlichen Eigenbesitzes.**

Seine Ausführungen über die außenpolitische Lage beschränkten sich darauf, die Russen in ihren Alltagsnöten damit zu trösten, daß es den Bewohnern kapitalistischer Staaten auch nicht besser gehe. Die russischen Schwierigkeiten seien aber Schwierigkeiten des Aufbaus einer besseren Zukunft, während die Schwierigkeiten in den kapitalistischen Ländern solche des Zerfalls und Niedergangs seien.

In einer Hinsicht unterschieden sich die außenpolitischen Ausführungen Stalins von den üblichen Phrasenlosigkeiten der Sowjet-Presse: er malte nicht die Gefahr eines Krieges der kapitalistisch-imperialistischen Staaten gegen Rußland an die Wand. Im Gegenteil, er erklärte, daß die kapitalistischen Mächte in ihrem jetzigen, durch die Erstarkung des revolutionären Geistes auch bei ihnen eingetretenen Zerfallzustand ein Kriegsrisiko nicht übernehmen können.

## Die offizielle Räumungs-Mitteilung

**W. T. B. teilt mit: „Die Botschafterkonferenz hat der Deutschen Botschaft in Paris notifiziert, daß die Besetzung der rheinischen Gebiete am 30. Juni um Mitternacht beendet ist und damit auch die Tätigkeit der Rheinlandkommission ihr Ende erreicht."**

**Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht in der vierten Beilage am Vorabend der Rheinlandbefreiung Betrachtungen der rheinischen Dichter Carl Zuckmayer und Herbert Eulenberg über ihre Franzosenzeit.**